

TOP 19/0136 zur Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2019 in Langenselbold

Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

dem Antrag auf Ankauf/Option von Ökopunkten zur Kompensation von Eingriffen für Wohngebietserweiterungen wird die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen.

Die Stadt Langenselbold will Ökopunkte für mehr als eine Millionen Euro kaufen! Das ist nicht gerade ein Schnäppchen! Dafür wird den Bürgern von Langenselbold immer mehr Natur- und Naherholungsraum weggenommen. Landschaftliche Fläche soll bebaut und verändert werden, was das Verkehrsaufkommen und den Lärm weiter ansteigen lässt. Die Naturschutz-Maßnahmen zum Ausgleich für die versiegelten Flächen sollen dagegen 12km entfernt in Büdingen-Eckartshausen teuer bezahlt werden.

Grundsätzlich begrüßen wir die Vorgabe, dass für das Zubauen von Naturlandschaften, eine Kompensation in Form von gleichwertigen Ausgleichsflächen oder Maßnahmen zur Aufwertung des Naturraumes geschaffen werden müssen.

Den Ökopunktehandel, der sich immer mehr zu einem lukrativen Geschäftsmodell entwickelt, lehnen wir dagegen ab. Hierbei wird nämlich am Ziel vorbei gehandelt, weil es nur noch um finanzielle Gewinnmaximierung und nicht um maximalen Schutz und Erhalt der Natur geht.

Laut Hessischem Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz heißt es:

„Was vom Konto der Natur abgehoben wurde, soll ihm wieder zugefügt werden. Und zwar möglichst "gleichartig und gleichwertig" durch sogenannte Ausgleichsmaßnahmen. Zu prüfen ist, ob Alternativen in Betracht kommen und ggf. in welcher Form die "Wiedergutmachung" der Schäden an Naturhaushalt und Landschaftsbild erfolgt. Die Kompensationsverordnung legt den Grundstein für ein innovatives Flächenmanagement, durch das hochwertige Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung einerseits und die Natura 2000-Gebiete andererseits, nachhaltig gesichert und gestärkt werden.“ Und der Grundsatz der Nachhaltigkeit steht im Baugesetzbuch unter § 1 Abs. 5 BauGB und lautet:

- **Die Bauleitplanung soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten.**
- **Sie soll die sozialen, wirtschaftlichen und Umweltschützenden Anforderungen in Einklang bringen**
- **Auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.**

Wir sind der Meinung, dass die Stadt Langenselbold, die den Bürgern hier vor Ort immer mehr Landschaft zubaut und Böden versiegelt, auch hier vor Ort für Ausgleich sorgen soll.

Dafür gibt es eine lange Liste an Möglichkeiten. Zum Beispiel fallen darunter die Erweiterung der Waldflächen unter Nutzungsverzicht, die Renaturierung an Gewässerrändern oder das Entsiegeln von zubetonierten Flächen.

Auch wenn die Richtlinien und Verordnungen die Möglichkeit bieten, dass Fraport hier in Langenselbold eine Ausgleichsmaßnahme durchführt, wie z. B. die Baumpflanzung in der Kinzigaue am Bocksgehörn, bei der niemand weiß, wer und wann hier für die Pflege gesorgt wird, so sehen wir dennoch die Stadt Langenselbold in der Verantwortung für die Bürger und sind dagegen, dass innerhalb eines Jahres schon zum zweiten mal mehr als eine Million Euro in die Hand genommen und in Büdingen Ökopunkte gekauft werden. Abgesehen davon geht aus dem Beschlussvorschlag noch nicht einmal hervor, um was für eine Maßnahme es sich da handelt und wo diese örtlich genau liegt. Eventuell wird dort landwirtschaftliche Nutzfläche der Bewirtschaftung entzogen?

Das mag für Geldjongleure eine Herausforderung sein, den Bürgern ist das unserer Meinung nach nicht klar und deutlich bekannt gemacht worden und der Naherholung oder der Lebensqualität in Langenselbold dient es schon gar nicht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!